



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KOMMUNALES UND KULTUR

Der Streit geht in die nächste Runde

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts werden in der Debatte um den Nichtraucherschutz Rufe nach einer bundeseinheitlichen Lösung laut. Möglich wäre das durchaus. | Seite 2

Justitias Weg in die Moderne

Feuerwehr und Polizeistation, Amtsgericht und Rathaus: Wie verändern sich Behörden und öffentliche Einrichtungen in Bayern? Das untersucht die BSZ in einer neuen Serie. | Seite 5



„Besonders deutsches“ Fachwerk

Eine Ausstellung des bayerischen Landesamts für Denkmalpflege zeigt, wie sich die Nationalsozialisten die Denkmalpflege zunutze machten. | Seite 12

Freitag, 8. August 2008 | Nr. 32

www.bayerische-staatszeitung.de

Einzelpreis: € 1,55

KOMMENTAR

Das Kreuz mit dem Föderalismus

VON ANKE SAUTER

Deutschland ist kein zentralistischer Staat, in vielen Lebensfragen finden regionale Feinheiten ihren Ausdruck in der Autonomie der Länder. Zu Recht sind die Deutschen stolz auf ihren Föderalismus, meistens jedenfalls. Doch manchmal möchte man sich die Haare raufen ob einiger Blüten, die dieser Föderalismus hervorbringt – zum Beispiel bei der Nichtraucherdebatte. Im Feuereifer des Gefechts wird oft vergessen, dass es hier durchaus um ein übergeordnetes Ziel geht, das per Grundgesetz in allen Ländern gilt: den Schutz der körperlichen Unversehrtheit. Doch die Föderalismusreform hat es so gewollt, dass der Bereich der Gastronomie Ländersache ist. Wer von außen nach Deutschland schaut, kann nur den Kopf schütteln: Hier gibt es diese Ausnahme, dort jene, in Bayern gibt es Schlupflöcher in Form von Raucherclubs.

Durch die Gründung so genannter Raucherclubs umgehen Bayerns Wirte munter die auf den ersten Blick strenge Gesetzgebung, und die Staatsregierung schaut nicht nur zu, sondern rühmt das strenge bayerische Gesetz, das nun auch den Segen aus Karlsruhe trage. Dabei gelten in diesen Raucherclubs weniger strenge Regeln als die, die das Verfassungsgericht in seinem Urteil für Eckkneipen aufgestellt hat: Hier haben Jugendliche durchaus Zutritt, und Speisen dürfen auch serviert werden. Insofern ist es fraglich, ob die bayerische Praxis tatsächlich verfassungsgemäß ist.

Haben die anstehenden Wahlen den Blick auf das eigentliche Ziel vernebelt? Es geht nicht darum, Menschen die Freiheit zu nehmen, sich als Raucher um ein paar Jahre Lebenszeit zu bringen. Nicht darum, Nichtrauchern, die sich gern im Qualm aufhalten, die Mitgliedschaft in einem echten Raucherclub zu verwehren. Sondern um Schutz für alle, die ihn brauchen. Auch für die, die im Qualm arbeiten müssen. Denn die Erkenntnisse der Krebsforschung sprechen eine klare Sprache: Wer sich als Nichtraucher intensiv dem Passivrauch aussetzt, hat kaum weniger gravierende gesundheitliche Schäden zu erwarten als ein Raucher. Sollen die Angestellten in Raucherclubs sich halt einen anderen Job suchen? Das wäre falsch verstandener Liberalismus.

Im Interesse eines konsequenten Gesundheitsschutzes wäre eine flächendeckende Regelung wünschenswert. Die Arbeitsstättenverordnung böte hier Möglichkeiten. Wenn aber weder der Bund noch die Länder eine Lösung finden, könnte es sein, dass Europa die Sache in die Hand nimmt. Ach, Föderalismus!

Der Streit um Clements möglichen Parteiausschluss macht zum Verdruss von Franz Maget auch vor der bayerischen SPD nicht Halt

Muntere Schlammschlacht

Wenn der bayerische SPD-Spitzenkandidat Franz Maget der einst den Wahlkampf 2008 bilanziert, kann er zu einem alten Fußballer-Bonmot greifen. „Erst hatten wir kein Glück, und dann kam noch das Pech dazu“, analysierte einmal ein gefrusteter Trainer eine Niederlage seiner Elf. Magets Wahlkampf-Mannschaft hatte gerade einmal ein paar Wochen, um sich zu fangen und den Auseinandersetzungen in der Bundesregierung um das unverhohlene Streben der hessischen Genossin Andrea Ypsilanti zu entkommen, sich mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen.

Die Zielgerade vor Augen und einen kräftigen Schlusspurt im Sinn, erteilte die Bayern-SPD Anfang August erneut das Pech. Auf Antrag mehrerer Ortsverbände schloss die nordrhein-westfälische Schiedskommission den früheren NRW-Ministerpräsidenten und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement aus der SPD aus. Wieder waren es die hessischen Verhältnisse, die den Bayern-Sozis den Wahlkampf verhängelten. Der Agenda-2010-Mitstreiter des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder hatte unmittelbar vor der Hessenwahl dazu aufgerufen, Ypsilanti nicht zu wählen, weil sie als Ministerpräsidentin auf Atom- wie auf neue Kohlekraftwerke verzichten will.

Schlimmeres, als ihre Unwählbarkeit festzustellen, kann man einer Partei kaum antun. Man muss dazu noch wissen, dass Clement im Aufsichtsrat des Energiekonzerns RWE sitzt.

Es dauerte keinen Tag, bis der SPD eine bundesweite Debatte über Meinungsfreiheit aufgedrängt wurde, als ob nicht jedem BMW-Mechaniker, der dazu aufruft, diese Automarke nicht zu kaufen, unverzüglich der blaue Brief zugestellt würde. Franz Maget glaubte zunächst, durch Schweigen verhindern zu können, dass das Thema in den bayerischen Wahlkampf hereinschwappt. Da hatte er seine Rechnung aber ohne den bayerischen Jusos-Chef und Landtagskandidaten Thomas Asböck gemacht.

Der kramte seine alte Wut über die Agenda 2010, Hartz IV und die „Bos-



Frech: Thomas Asböck. DPA



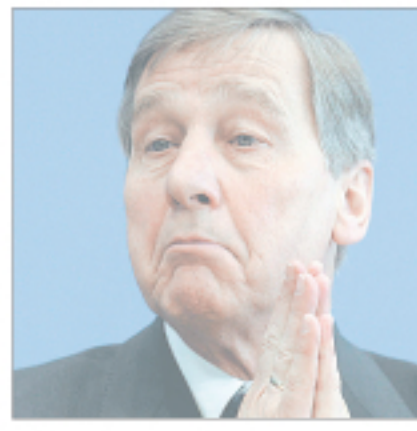
Ratlos: Franz Maget. DDP



Eigenwillig: Otto Schily. DDP



Provokant: Theo Sarrazin. DDP



Stur: Wolfgang Clement. DDP



Hoffnungsfroh: Oskar Lafontaine. DDP

se der Bosse“ hervor und ergötzte sich öffentlich nicht nur an Clements Rausschmiss, sondern machte auch noch weitere „Ekelpakete“ auf dem rechten SPD-Flügel aus, die man ihm „hinterherwerfen“ solle. Damit meinte er Otto Schily, Clements Anwalt im Schiedsverfahren, der in seiner letzten Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter heftig an den Nerven vieler Genossen sigt. Und den Berliner Finanzsenator Theo Sarrazin, der sich darin gefällt, Hartz IV-Beziehern Ratschläge für preiswerte Verköstigung und zur Minderung der Heizkosten durch das Anziehen zusätzlicher Pullover zu geben.

Über Arroganz und Geschmacklosigkeit steht freilich nichts in der SPD-Satzung, aber immerhin lockte Asböck Maget aus der Reserve. Das sei „alles „dummes Zeug“, fuhr er dem Jusos-Chef in Verkennung der Tatsache

über den Mund, dass dessen Statement in der SPD nicht nur Abscheu erregt und dass mancher überlegt, vielleicht doch Lafontaines Linken in den Landtag zu verhehlen. Die wussten schon immer, was sie von Clement zu halten haben. Diesen nannte Maget immerhin einen „Sturschädel“, dem man einen kräftigen Ordnungsruf verpassen sollte. Erst am Donnerstag fand Clement in einer Erklärung ein paar Worte des Bedauerns, die aber den Konflikt nicht entschärften.

Schließlich tat Maget, was er in solchen Situationen gern tut: Er lavierte. Eine Partei müsse „unterschiedliche Meinungen“ aushalten, meinte er. Als ob es bei Clement darum ginge. Soll in der SPD künftig als freie Meinungsäußerung von Genossen die Erklärung durchgehen, dass Franz Maget wegen Erfolglosigkeit nicht wählbar ist? Würde die CSU

die Meinung Ihres Mitglieds Edmund Stoiber tolerieren, wegen des Meuchelmords an ihm könne man diesmal nicht die CSU wählen?

Viel Gold ist also für die CSU, die hart um das Überschreiten der 50-Prozent-Hürde kämpft, bis zum Wahltag noch in der von der SPD neu eröffneten Argumenten-Mine zu schürfen.

Ehe sich Maget weiter bei der Verteidigung des Ex-Journalisten Clement verschleißt, sollte er nachlesen, was dieser anlässlich des Ausschlusses von Jusos aus der SPD wegen eines kruden Aufsatzes 1973 in der SPD-Zeitung *Westfälische Rundschau* geschrieben hat: Das sei „ein Tonfall, dass man sich wundert, warum die Verfasser es eigentlich zu einem formellen Verfahren kommen ließen, statt von selbst die Konsequenzen zu ziehen und der SPD den Rücken zu kehren.“ (Seite 4) > MICHAEL STILLER

AUS DEM INHALT

LEBEN IN BAYERN
Pflege für Promi-Boote Seite 3
 In der Starnberger Werft von Anton Dreher fertigen die Mitarbeiter noch Boote von Hand und in edlen Materialien.

POLITIK
Mein Park, dein Park, unser Park Seite 4
 Ein geplanter Bußgeldkatalog für Grünanlagen sorgt für Streit.

WIRTSCHAFT
Kompetenz in Kultur Seite 13
 Die Junge Akademie Gastelg schult Berufsanfänger.

DIE FACHTHEMEN DER WOCHE
Wasserwirtschaft Seiten 9 und 10
Generation 50plus Seite 20

Im Landtagswahlkampf können erstmals alle Kandidaten im Internet mit Fragen bombardiert werden

Fortsetzung des Dialogs mit anderen Mitteln

Der Souverän, das unbekannteste Wesen. Seit Erfindung der Demokratie rätseln Politiker und solche, die es werden wollen, was wohl der Wähler denkt. Und umgekehrt: Das Wahlvolk kann oft genug nur mutmaßen, was im Kopf der Abgeordneten und Minister vor sich geht. Die beiden Instanzen – Souverän und Vertreter – kurzzuschließen, so lernte man ein halbes Jahrhundert im Sozialkundeunterricht, geht halt leider nicht: aus praktischen Gründen unmöglich.

Geht aber doch. Und zwar ab sofort auch in Bayern, mithilfe moderner Technik. Das Internet soll der Demokratie auf die Sprünge helfen: Das Projekt kandidatenwatch.de ist pünktlich zur Landtagswahl in Bayern angekommen. Ab sofort können alle 639 Direktkandidaten befragt werden, und zwar öffentlich. Unter der Schirmherrschaft von Landtags-

vizepräsident Peter Paul Gantzer (SPD) präsenzierte Projektleiter Gregor Hackmack das jetzt freigeschaltete Internetportal. „Es geht ja schon damit los, dass der Wähler bisher oft erst in der Wahlkabine erfahren hat, wer aller zur Wahl steht“, so Hackmack. Dem kann nun abgeholfen werden: Gibt man bei kandidatenwatch.de eine Postleitzahl ein, hat man sofort alle Kandidaten des entsprechenden Stimmkreises vor sich – zumindest mit den Angaben, die sich dann auch auf dem Wahlzettel finden.

Für 100 Euro können die Kandidaten ihr Profil erweitern: um ein Foto, um Wahlkampftermine, eine Selbstdarstellung und einen Link zur eigenen Internetseite. Damit kann sich das Projekt freilich nur zum Teil finanzieren, ebenso beteiligt sind Fördermitglieder, Spender und der Verein Mehr Demokratie Hamburg.

In der Hansestadt ist kandidatenwatch nämlich 2004 entstanden, wie Roman Huber von Mehr Demokratie e.V. erläuterte. Das Kommunikationsprojekt expandierte rasch: Bereits bei der Bundestagswahl 2005 funktionierte der direkte Draht zu den Kandidaten, ebenso bei bisher neun Landtagswahlen. Gantzer erhofft sich vor allem eine Wiedererweckung des in Agonie befindlichen politischen Interesses. Es gehe darum, „vor allem dem einfachen Abgeordneten aus der Anonymität herauszuhelfen“. Denn mit der Wahl ist die Sache nicht erledigt, die Gewählten sind im Schwesterportal abgeordnetenwatch.de erreichbar.

Gerade bei der bayerischen Landtagswahl sei der Dialog zwischen Wähler und Kandidaten im Internet sinnvoll, schließlich erlaube das bayerische Wahlsystem auch bei der Zweitstimme eine Persönlichkeits-

wahl: „Man muss nicht eine von einer Partei vorgegebene Liste absegnen, sondern der Wähler kann die parteiintern favorisierte Reihenfolge der Kandidaten auf den Kopf stellen.“ Parteipolitisch sei kandidatenwatch selbstverständlich vollständig neutral, betonte Roman Huber.

Man habe auch zuerst bei Landtagspräsident Alois Glück (CSU) angefragt, ob er die Schirmherrschaft übernehmen wolle. Der habe aber freundlich abgelehnt. Freilich ist das Projekt auch keine genuine CSU-Idee. Unverhohlen fügt Roman Huber an das Bekenntnis zur Neutralität ein: „Aber an: „Demokratie bedeutet Macht auf Zeit, Demokratie lebt vom Wechsel.“ Das wird man bei der CSU nicht so gern hören. Beteiligten werden sich die CSU-Kandidaten sicher dennoch. Wer gewählt werden will, braucht Öffentlichkeit.“ > FLORIAN SENDTNER